Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1589. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 121. Dienstag, 28. Mai 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Steigerungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

„Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler."

vdz. Die zur Deutschen Volkspartei stehende Jugend hat sich am Sonntag in einer Tagung in Weimar unter der Leitung des Studienrats Hardt-Löbau zu einer „Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler" zusammengeschlossen. Damit ist in der Deutschen Volkspartei die junge Generation aktiv in die Erscheinung getreten. Der außerordentlich zahlreiche Besuch aus allen Teilen des Reiches hat bewiesen, einen wie starken Widerhall der Appell zu einer Zusammenfassung der jüngeren politischen Kräfte in der Deutschen Volkspartei im Lande gefunden hat. Der regen Aussprache über Wege und Ziele der neu gegründeten Reichsgemeinschaft gingen die Referate „Zehn Jahre Parlamentarismus im neuen Deutschland" von Johannes Dieckmann-Dresden und „Aufmarsch und Ziel der neuen politischen Generation" von Frank Glatzel-Essen voraus.

Nachdem Herr Dieckmann die Entwicklung des deutschen Parlamentarismus in der Nachkriegszeit mit dem Feilschen um Koalitionen und dem ständigen Wechsel der Regierungen auf das schärfste kritisiert und die Umkehrung des wirklichen Parlamentarismus in das Gegenteil seines positiven Sinnes hervorgehoben hatte und damit die Abkehr der jungen Generation von dieser Pseudo-Politik unserer Tage begründet hatte, erläuterte Herr Glatzel-Essen die Ziele der neuen Reichsgemeinschaft. **Es müsse eine große nationale Partei geschaffen werden, die im Kampfe gegen unverantwortliche Agitation von rechts und links die Führung der deutschen Politik an sich ziehe.** Die Tradition der nationalliberalen Idee der Reichsgründungspartei ergebe durchaus die Möglichkeit, die Deutsche Volkspartei zum Kristallisationskern einer solchen nationalen Partei der Mitte zu entwickeln, da sie programmatisch ebenso frei von reaktionären wie von konfessionellen und klassenmäßigen Bindungen sei. Die aktiven Kräfte der jungen Generation müßten für eine solche Erneuerung gewonnen werden, bei welcher der Gedanke des großdeutschen Reiches, die Idee des Einheitsstaates und das Ziel der Freiheit der Nation an die Spitze zu stellen seien. Eine starke und beständige politische Leitung müsse erstrebt werden, die davor bewahrt sei, auch aus unwesentlichen Gründen durch zufällige Majoritäten gestürzt zu werden. Der Staat müsse den Interessen der wirtschaftlichen Gruppen übergeordnet werden und dem Gesamtwohl dienen. Die Sozialpolitik dürfe keine Angelegenheit erpreßter Zugeständnisse sein, sondern müsse als Aufgabe des modernen Staates anerkannt werden. Wenn die junge Generation in der Deutschen Volkspartei ihre Kraft der Partei zur Verfügung stelle und den Willen zur Parteierneuerung betone, so fühle sie sich der Gesamtheit des deutschen Volkes und der Gesamtheit der jungen politischen Bewegung gegenüber verantwortlich. Ohne parteienge Einstellung wolle die Verbindung zwischen den in der Partei wirkenden jungen Volksparteilern einen geistigen Zusammenhang zwischen allen Kräften schaffen, die entschlossen seien, eine Parteierneuerung durchzusetzen.

An die beiden Referate schloß sich der **einstimmige Beschluß, die „Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler" zu konstituieren.** Ihre Aufgabe soll es sein, die bereits gebildeten örtlichen Zusammenschlüsse zu vereinigen und zu einer starken politischen Bewegung im ganzen Reiche auszubauen.

Die Tagung fand ihren Abschluß in der einstimmigen Annahme einer **Kundgebung**, die im Sinne der Referate an die junge deutsche Generation einen Aufruf zur aktiven Mitarbeit an der politischen Gestaltung des Deutschlands der Zukunft richtet.

Der neue Anfang in Oesterreich.

Nun hat sich der neue Kanzler in Wien dem Nationalrat vorgestellt. Daß auch er dem Ausland gegenüber über das seinen Landsleuten vorenthaltene Selbstbestimmungsrecht sich beschwerte, wird hoffentlich in der ganzen Welt verstanden. Es hat in Wien seit dem Friedensschluß noch keine Regierung gegeben, die es nicht als Vergewaltigung empfunden hätte, daß in der österreichischen Anschlußfrage die Diplomaten sämtlicher Staaten, nur nicht diejenigen Oesterreichs mitzureden haben sollten. So kann man bei dieser Einstellung Oesterreichs auch beim bösesten Willen nicht mehr von pangermanistischer Eroberungssucht oder von sozialistischer Einheitsduselei reden. Man kann auch in dieser Frage keinen Unterschied zwischen einem linken oder rechten Flügel der Christlich-sozialen Partei mehr feststellen. Gerade weil in dieser Frage alle Oesterreicher so einig sind, hätte aber eigentlich auch das erste parlamentarische Auftreten der Regierung Streeruwitz etwas harmonischer verlaufen dürfen. Da hat es an politischer Regie gefehlt, in der die übrigen Staaten den deutschen Völkern nun einmal überlegen zu sein scheinen. Kurz vor ihrem Rücktritt hatte die Regierung Seipel dem Generalsekretär des Völkerbundes noch eine Denkschrift zur Minderheitenfrage zugehen lassen. Man kann das zur Not damit entschuldigen, daß die Angelegenheit einigermaßen eilig war. In London tagt die Dreierkommission und bereitet das Material für die nächste Ratstagung zur Behandlung der Minderheitenfrage vor. Sie nimmt die Denkschriften von allen beteiligten Regierungen entgegen, und da durfte, gerade auch vom deutschen Standpunkte aus, die österreichische Denkschrift nicht fehlen. Infolgedessen war es etwas kleinlich von den Sozialisten, gegen die Absendung der Denkschrift zu protestieren, weil nach ihrer Auffassung eine im Abdanken begriffene Regierung nicht mehr die nötige Autorität habe, um einen so bedeutsamen Schritt politischer Natur zu tun. Andererseits hätte freilich auch die neue Regierung Streeruwitz sich diesen Vorstoß der Opposition leicht ersparen können, wenn sie vorher mit dieser in der Sache Fühlung genommen hätte. Es gibt da wirklich keine tiefgehenden grundsätzlichen Unterschiede, und die Wirkung der österreichischen Denkschrift wäre naturgemäß eine so viel stärkere, wenn sich sämtliche Parteien gleichmäßig dahinter gestellt hätten. In derartigen außenpolitischen Fragen ist sonst eine solche Fühlungnahme allgemein üblich.

Stresemann und die Reparationsverhandlungen.

Notwendige Klarstellungen.

vdz. Berlin. Die **Angriffe in einem Teil der Presse gegen die Stellungnahme des Reichsaußenministers und des Auswärtigen Amtes** bei verschiedenen Vorgängen, die **mit den Pariser Reparationsverhandlungen zusammenhängen** und in der letzten Zeit in der Presse eine **große Rolle gespielt haben, sind für Dr. Stresemann Veranlassung gewesen, vor Pressevertretern mit aller Offenheit und Klarheit, aber auch mit aller Entschiedenheit die Angriffe als unbegründet zurückzuweisen.**

Zunächst verwahrte sich Dr. Stresemann gegen die Anzweiflung von Dementis, die amtlich vom Auswärtigen Amt in verschiedenen Punkten gegeben worden sind. So war behauptet worden, daß **Herr v. Kühlmann in Paris unter Kenntnis und Billigung oder sogar auf Anregung des Auswärtigen Amtes tätig gewesen** wäre. Der Minister erklärt, denjenigen, der nach seinen Aufklärungen noch einmal eine solche Behauptung aufstellen würde, der bewußten Unwahrheit zeihen zu müssen. Herr v. Kühlmann ist von niemandem im Auswärtigen Amt nach Paris entsandt worden, ebensowenig hat er dem Auswärtigen Amt von seiner Reise Kenntnis gegeben. Der englische Botschafter hat allerdings wegen der Tätigkeit des Herrn v. Kühlmann in Paris beim Auswärtigen Amt auf Grund eines Schriftstückes, das von Herrn v. Kühlmann stammt, eine Demarche unternommen. Das **Auswärtige Amt hat es abgelehnt, in dieser Angelegenheit etwas entgegenzunehmen** und dem englischen Botschafter anheimgestellt, sich dorthin zu wenden, von wo die Initiative für Herrn v. Kühlmann ausgegangen sei. **Das Auswärtige Amt hatte mit dieser Sache nichts zu tun und hat überhaupt niemanden mit irgend einer Mission nach Paris entsandt.**

Ebensowenig wie mit der Tätigkeit des Herrn v. Kühlmann hat auch der Außenminister oder das Auswärtige Amt mit irgendwelcher **Tätigkeit des Herrn v. Rechberg in Paris** zu tun.

Ferner ist das Dementi des Auswärtigen Amts beim **Rücktritt des Generaldirektors Vögler** angezweifelt worden. Dr. Vögler hat allerdings schon vor längerer Zeit in dieser Sache einen Luftpostbrief nach Berlin gerichtet, dann aber darum gebeten, den Brief als nicht existierend anzusehen. Der Brief bestand also tatsächlich nicht. Als vor einigen Tagen zuerst das „Acht-Uhr-Abendblatt" den bevorstehenden oder schon vollzogenen Rücktritt von Dr. Vögler mitteilte, erhielt der Außenminister auf Anfrage in Dortmund die Nachricht, daß Dr. Vögler auf dem Wege nach Berlin sei und am nächsten Morgen im Auswärtigen Amt vorsprechen werde. Infolgedessen konnte das Auswärtige Amt an demselben Abend gar kein anderes Dementi geben, als daß dem Auswärtigen Amt von dem Rücktritt Vöglers noch nichts bekannt sei. Auch am nächsten Vormittag mußte die Mitteilung über den Rücktritt Vöglers noch verzögert werden, weil davon zuerst in Paris Mitteilung gemacht werden mußte. Ferner wandte sich Dr. Stresemann gegen die Behauptungen, daß er und der Reichsfinanzminister in Vereinigung mit dem Chefredakteur der „Voss. Ztg.", Georg Bernhard, eine Angriffskampagne gegen Vögler auf Grund des Rücktritts entfesselt hätte. Georg Bernhard schreibe seine Artikel selbst und nicht erst auf Anregung von anderer Seite; er sei übrigens in den letzten Wochen von Berlin abwesend gewesen. Weder Dr. Stresemann noch der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding haben von den Aufsätzen Bernhards gewußt. Dr. Stresemann hat den deutschen Botschaften in London, Paris, Brüssel und Tokio von seiner Auffassung über den Rücktritt Vöglers telegraphisch Kenntnis gegeben, wonach er gern Vögler vom Rücktritt abgehalten hätte, weil natürlich dadurch die Lage der deutschen Sachverständigen in Paris schwieriger geworden sei. **Dr. Vögler sei aber durchaus nicht durch industrielle Kreise gezwungen worden, sondern vollkommen aus eigener Entschließung zurückgetreten.** Die Auffassung des Reichsaußenministers weicht also in wesentlichen Punkten von der Ansicht Bernhards ab. Die Stellung Vöglers sei übrigens, meint Dr. Stresemann, nicht so schwach, daß er einem Druck des Stahlwerksverbandes oder von Schwerindustriellen-Organisationen überhaupt hätte nachgeben müssen.

Weder nach innen noch nach außen dürfe man den Eindruck erwecken, als wenn ein Teil unserer Industrie die Stellungnahme unserer Sachverständigen in Paris bestimmen könnte. Ebensowenig dürfe davon gesprochen werden, als ob Herr Kastl irgendetwas tun oder unterlassen müsse, weil er Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie sei. Für unsere ganze politische, wirtschaftliche und geistige Entwicklung sei es höchst bedenklich, so zu tun, als wenn der einzelne Mensch nicht mehr als Individuum handeln dürfe, sondern nur noch als Vertreter von Organisationen. Der Reichsaußenminister hat Dr. Vögler zu seinem Rücktritt weder beglückwünscht, noch ihm daraus einen Vorwurf gemacht, weil die Sachverständigen vollkommene persönliche Entschlußfreiheit haben müßten.

Eine **weitere Legende** sei es, daß **von Anfang an eine Differenz bestanden hätte zwischen den Ziffern, die die Regierung sich vorgestellt hatte, und den Ziffern, die die Sachverständigen sich vorgestellt hatten.** Die Unabhängigkeit der deutschen Sachverständigen sei soweit gegangen, daß die Regierung von dem Angebot von 1650 Millionen Annuitäten erst erfuhr, als es in Paris übergeben worden war. **Die deutschen Sachverständigen haben lediglich erklärt, daß sie vor entscheidenden Schritten sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen würden.** Die Reichsregierung hat erst vor wenigen Tagen nach Paris telegraphiert, daß sie den Sachverständigen in bezug auf das zur Diskussion stehende Schema vollkommene Handelsfreiheit lasse. **Deshalb sei auch die Behauptung, daß die Reichsminister gegenwärtig dunkle Wege gingen, um die Arbeit der Sachverständigen zu konterkarrieren, höchst seltsam.** Selbstverständlich hätten, erklärt Dr. Stresemann, die beteiligten Ressortminister, der Finanzminister, der Wirtschaftsminister und der Außenminister, fortlaufend die Entwicklung in Paris verfolgt, daß aber eine Nebenregierung bestände, sei eine groteske Behauptung.

Mit größter Schärfe wandte sich sodann der Reichsaußenminister **gegen die Behauptung, daß über die deutsche Botschaft in Paris den Franzosen mitgeteilt worden sein soll, daß die Reichsregierung weiter zu gehen beabsichtige als die deutschen Sachverständigen.** Wenn irgend jemand in der deutschen Botschaft in Paris von einer solchen Differenz zwischen der Reichsregierung und den Sachverständigen den Franzosen gegenüber gesprochen hätte und dadurch die Stellung der Gläubigerstaaten gegen Deutschland gestärkt und die Stellung der deutschen Sachverständigen geschwächt hätte, so müßte das als ein schwerer Verrat an den nationalen Interessen bezeichnet werden. Wenn nun neuerdings in der betreffenden Presse die Behauptung dadurch abgeschwächt würde, daß nicht der Reichsaußenminister solche Wege gegangen sei, daß es aber noch andere Wege über die Botschaft in Paris gebe, die an dem Außenminister vorbeiführen, und wenn auf diese Weise Frankreich benachrichtigt sein soll, daß es bei der Reichsregierung auf größere Nachgiebigkeit rechnen könne, so müsse **volle Klarheit über diese Dinge geschaffen** werden. Der Minister erklärt sich bereit, z. B. sofort im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags Klarheit zu schaffen, zumal er im Augenblick noch nicht wisse, ob er in der Lage sein werde, zur Tagung des Völkerbundsrats nach Madrid zu fahren. Der „Daily Expreß" melde aus Paris, das Schicksal der Sachverständigenkonferenz hänge von dem dramatischen Appell ab, den Briand durch Herrn v. Hoesch an Stresemann gerichtet habe. Von einem solchen dramatischen Appell stehe aber in dem Bericht des Herrn v. Hoesch nichts; dieser habe lediglich nach der ihm erteilten Instruktion Herrn Briand den Rücktritt Vöglers mitgeteilt. Einen solchen dramatischen Appell habe es also nicht gegeben.

Die belgischen Kammerwahlen.

)(Brüssel. Wie die Zeitungen melden, stellt sich, unter Vorbehalt der infolge der Wahlbündnisse möglichen Ueberraschungen, das **Verhältnis der Parteien in der neuen Kammer** ungefähr wie folgt dar: **Die Liberalen gewinnen 8 Sitze und verlieren 2. Die gewonnenen Sitze sollten Verviers, Thuin, Nivelles, Brüssel, Ostende, Tongern und Arlon sein, die verlorenen Dinant und Brügge. Die Katholiken gewinnen einen Sitz (Charleroi) und verlieren 4 (2 in Tongern, je einen in Verviers und Ostende. Die Sozialisten verlieren 5 Sitze (Verviers, Charleroi, Thuin, Nivelles und Arlon). Der autonomistische Kandidat in Eupen-Malmedy (Wahlkreis Verviers) soll gewählt worden sein. Die „Frontisten" sollen drei Sitze gewinnen, einen in Limburg, einen in West- und einen in Ostflandern. Infolge ihrer Teilung in Trotzkisten und Stalinisten werden die Kommunisten, die sonst im großen und ganzen ihre Stellung behaupten und sogar einige Stimmen gewonnen haben, ihre beiden Sitze verlieren.**

Beschwerde gegen das Rotfrontverbot in Sachsen.

)(Leipzig. Beim IV. Strafsenat des Reichsgerichts ist eine **Beschwerde der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD.)** gegen das Verbot des Rotfrontkämpferbundes eingegangen, **soweit sich dieses auf den Freistaat Sachsen bezieht.**